

XXII. Entwicklungspolitische Konferenz der Kirchen und Werke (EPK)

Zusammenfassung der Panel-Diskussion: „Resilienz in demokratiegefährdeten Räumen“, mit Silke Pfeiffer, Andreas Harsono* und Paula Litvatchky* am 11.03.2025*

Aktuell gibt es weltweit gemäß Bertelsmann-Index mehr autokratische als demokratische Staaten, so Silke Pfeiffer. Der Grad der globalen Demokratieentwicklung ist auf den Stand von 1985 zurückgefallen. 85 Prozent der Weltbevölkerung lebt in beschränkten bis unterdrückten bis geschlossenen zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen. Gerade zivilgesellschaftliche Handlungsräume (Räume ohne Angst vor Repression/Kriminalisierung) sind ein wichtiger Indikator für Demokratie. Welchen Mustern folgt der Abbau von Demokratie weltweit? Warum gewinnen rechtsextreme Angebote an Attraktivität?

Indonesien – Rückschritt

In den letzten Jahren hat Indonesien erhebliche Rückschritte in Bezug auf die Demokratie erlebt, gekennzeichnet durch eine militärische Durchdringung des staatlichen Apparates, Diskriminierung von Minderheiten und eine Instrumentalisierung des Islam, so berichtet Andreas Harsono. Die sogenannte „religiöse Harmonie“, die 2006 eingeführt wurde, hat zur Schließung von über 2000 Kirchen geführt und bedeutet in Wirklichkeit eine Machtübernahme der muslimischen Mehrheit über die Minderheiten. Zudem ist die Zivilgesellschaft eingeschränkt, und NGOs sehen sich zunehmenden Bedrohungen ausgesetzt. Junge Menschen informieren sich vor allem über soziale Medien wie z.B. TikTok, was zu einer selektiven Nachrichtenaufnahme führt. Gleichzeitig gibt es einen Anstieg des Fundamentalismus und eine Kriminalisierung von Umweltaktivisten.

Argentinien – quo vadis

Die Rückkehr Argentiniens zur Demokratie nach der Militärdiktatur vor über 40 Jahren wurde als großer Erfolg gefeiert. Allerdings hat das Land seitdem mehrere Wirtschaftskrisen und verschiedene Regierungsmodelle durchlebt. Seit einem Jahr wird das Land von der rechtslibertären Regierung von Javier Milei geführt. Diese Regierung schränkt die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft ein und zeigt klare Verbindungen zur Trump-Regierung in den USA. Mileis Regierung gehört zu einer neuen rechten Bewegung, die teilweise rechtsextreme Züge aufweist und Parallelen zu anderen Ländern wie Brasilien unter Bolsonaro aufweist.

Mileis Regierung versucht, die Unzufriedenheit der jungen Bevölkerung, die während der Corona-Zeit entstand, für sich zu nutzen. Sie hat eine Rhetorik entwickelt, die eine Gegenbewegung gegen eine vermeintliche marktregulierende Elite propagiert. Dabei geht es nicht nur um neoliberale Ansätze, sondern auch um eine Autokratisierung des demokratischen Systems und eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft. Gleichzeitig wird der soziale Wohlfahrtsstaat abgebaut, und das alles im Rahmen einer vermeintlich demokratischen und verfassungsmäßigen Ordnung, so Paula Litvatchky.

Die Sprache und der Diskurs in Argentinien haben sich unter Milei stark verändert. Die Abkehr von einem menschenrechtlichen Diskurs und die Fokussierung auf die Entbürokratisierung zur Förderung der Wirtschaft sind zentrale Elemente der aktuellen politischen Agenda.

Wie können wir die Resilienz von Demokratien stärken?

Repressive Methoden von Regimen auf der einen Seite, steht der Widerstandsgeist für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft auf der anderen Seite gegenüber. Um Demokratien zu stärken, empfehlen die Panelisten, dass sich Organisationen zusammentun und versuchen, Netzwerke zur Reflexion/ Austausch und Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen aufzubauen. In Argentinien funktioniert eine Strategie der Bündnisschaffung, der Zusammenarbeit auf kommunaler Gemeinde-Ebene. Hier werden neue Narrativen geschaffen, um über Solidarität und Menschenrechte, aber auch das Leid von Menschen zu sprechen. Auch die globale Zusammenarbeit und Unterstützung der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Instrument. Die Kirche kann eine wichtige Rolle spielen mit ihrem Zugang zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Wichtig ist, dass sich Zivilgesellschaft verbündet und gegenseitig stärkt.

*Silke Pfeiffer leitet das Referat Menschenrechte und Frieden bei Brot für die Welt. Das Referat treibt die globale Lobby- und Advocacy Arbeit von Brot für die Welt in den Bereichen Menschenrechte, Konflikttransformation sowie Flucht und Migration voran. Eines seiner Anliegen ist der Schutz von bedrohten Partnerorganisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen. Als Leiterin des Büros der International Crisis Group in Kolumbien verfolgte sie den dortigen bewaffneten Konflikt und Friedensprozess. Für Transparency International war Silke Pfeiffer lange Jahre als Lateinamerika-Direktorin in der Anti-Korruptionsarbeit tätig. Sie ist Diplom-Regionalwissenschaftlerin Lateinamerika und Absolventin des Postgraduierten Programms des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik.

*Andreas Harsono berichtet seit 2008 für Human Rights Watch über Indonesien. Bevor er zu Human Rights Watch kam, half er 1995 bei der Gründung des in Jakarta ansässigen Institute for the Studies on Free Flow of Information und 2003 bei der Gründung der Pantau Foundation, einer ebenfalls in Jakarta ansässigen Organisation für die Ausbildung von Journalisten. Als überzeugter Verfechter der freien Presse war Harsono auch an der Gründung der Alliance of Independent Journalists in Jakarta (1994) und der South East Asia Press Alliance in Bangkok (1998) beteiligt.

*Paula Litvachky ist Geschäftsführerin des „Center for Legal and Social Studies“ (CELS), einer 1979 gegründeten argentinischen Menschenrechtsorganisation, die sich für den Schutz der Menschenrechte und ihre wirksame Ausübung, für Gerechtigkeit und soziale Integration einsetzt - sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Paula Litvachky gehört seit 2004 zum Team von CELS und hat sich vor allem auf den Schutz der Menschenrechte in Fragen der Strafrechtspolitik und der Sicherheit, der Mechanismen des Justizsystems, der Sicherheitskräfte und der Geheimdienste konzentriert. Zwischen 2011 und 2019 leitete Litvachky die nationalen und internationalen Arbeitsbereiche der Organisation im Bereich Justiz und Sicherheit und war auch für den Aufbau von Allianzen mit sozialen Organisationen und Gemeindeführern zuständig.